

Freitag, 30. September 2005
698/2005

Auf Statistischer Woche in Braunschweig Statistiker analysieren demographischen Wandel

Demografischer Wandel umfasst mehr als die Alterung der Gesellschaft, das wurde auf der 4-tägigen Statistikertagung deutlich, die am Donnerstag, 29. September, in Braunschweig zu Ende ging. Er beinhaltet auch die strukturell veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung, wie z. B. steigende Anteile der Einwohner mit Migrationshintergrund (Zuzüge aus dem Ausland), Rückgang der Zahl der Kinder und Jugendlichen, bald auch der Erwerbspersonen bis zur Veränderung des Ausbildungs- und Qualifizierungsbedarfs.

Eines ist durch den Vortrag von Dr. Hönekopp vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ganz deutlich geworden: Wenn nicht umgehend Maßnahmen zur sozialen Integration und zur Steigerung der Ausbildungsqualität ergriffen werden, wird unsere Wirtschaft bald nicht mehr die Qualität an Nachwuchskräften bekommen können, die sie benötigt, um international wettbewerbsfähig zu bleiben und neue Arbeitsplätze in unserem Land zu schaffen.

In einzelnen Beobachtungsfeldern des demografischen Wandels gibt es bereits relativ aufschlussreiche Daten und Analysen. Was allerdings fehlt, so Johann Hahlen, der Leiter des Statistischen Bundesamtes, sind Untersuchungen, die darstellen, welche zwischen diesen Einzel-felder bestehenden Zusammenhänge und Abhängigkeiten es im einzelnen gibt. Auch fehlen Szenarien, die die möglichen Reaktionen der Bevölkerung, der Wirtschaft, aber auch der Politik, auf die absehbaren Veränderungen skizzieren. Eines ist ziemlich sicher: Die heute 60- bis 70jährigen verfolgen in ihrer Ruhestandszeit ganz andere Ziele als die heute 50- bis 60jährigen in 10 Jahren verfolgen werden oder verfolgen können.

Eine Umfrage der Stadt Köln unter den 20- bis 40jährigen Männern und Frauen zu ihrer Einstellung zu Kindern und der Erfüllung des Kinderwunsches hat z. B. die Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaft bestätigt und neue Anhaltspunkte geliefert, die für die lokale wie auch die Bundespolitik von Bedeutung sind: Der Rückgang der Geburten ist nicht mehr nur mit den gestiegenen Akademikerinnenanteilen und den Karriere-wünschen der höher qualifizierten Frauen zu erklären. Inzwischen spielen ganz andere sozio-ökonomische Faktoren eine Rolle: Männer zwischen 20 und 40 Jahren (Familiengründungsphase), die von Zeitverträgen leben müssen, setzen zu einem signifikant höheren Anteil keine Kinder in die Welt, u. a. weil sie bei derart unsicheren Arbeitsverhältnissen nicht mehr die „Ernährerrolle“ und die Verantwortung für die Familie übernehmen können. Männer ziehen ihre Entscheidung „keine Kinder“ konsequenter durch als Frauen. Was vielfach unterschätzt wird: Trotz allen Widrigkeiten stehen Kinder in der Wertehierarchie der jungen Erwachsenen ganz oben.

Fazit: Es ist nicht nur die Politik gefordert, sondern nicht zuletzt auch die Wirtschaft selbst damit die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Kindern, Familie und Beruf substanziell verbessert werden. Die Wirtschaft sägt an dem Ast auf dem sie sitzt, wenn sie keine Bedingungen schafft, die es zulassen, die in 20 - 30 Jahren dringend benötigten Nachwuchskräfte in die Welt zu setzen.

P R E S S E I N F O R M A T I O N

Referat Pressestelle
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig
Internet: www.braunschweig.de

Postfach 3309
38023 Braunschweig

Telefon (0531) 470 - 22 12 Telefax (0531) 470 - 2994
(0531) 470 - 22 17
(0531) 470 - 37 73
E-Mail : pressestelle@braunschweig.de

Der demografische Wandel wird die Nachfragesituation am Wohnungsmarkt zum Teil grundlegend verändern. „Wer das Wohnungsangebot für die „Alten von morgen“ an den „Alten von heute“ orientiert, plant am Markt vorbei“, so Benjamin Poddig vom vhw, dem Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e. V.. Für Wohnungseigentümer und -unternehmen sei es überlebenswichtig, heute anzufangen die verbleibende Zeit zur Anpassung ihres Bestandes an die sich ändernden (Markt-) Verhältnisse zu nutzen, um in 15 Jahren am Markt bestehen. Dies gelte für die Wohnungs- und Baulandpolitik der Kommunen gleichermaßen.

Barbara Erbslöh, Statistikerin der Stadt Essen, konkretisiert das mit dem Ergebnis einer aktuellen Umfrage unter 35.000 Essener Bürgern. Die Abwanderung von Familien mit Kindern kann erfolgreich begegnet werden, wenn geeigneter Wohnraum und ein kinderfreundliches Umfeld im weitesten Sinne geschaffen werden. Die Ausweisung von Wohnbauland ist eine, aber längst keine hinreichende Maßnahme.

Der demografische Wandel kann aber auch ein wichtiger Jobmotor der Zukunft werden, trotz der bevorstehenden erheblichen Umbrüche in der Gesellschaft. Mit dem zunehmenden Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung und der steigenden Zahl der Alten über 50 Jahre übernimmt die Gesundheitswirtschaft womöglich die Rolle einer Schlüsselindustrie. In keiner anderen Branche sind in den vergangenen Jahren so viele neue Arbeitsplätze entstanden („heimliche Heldin des Strukturwandels“). Sie ist inzwischen die größte Branche bundesweit. Die Umsätze dieses Wirtschaftszweigs sind bereits auf „Augenhöhe“ mit der Automobilindustrie.

Der Kreis schließt sich, wenn man sich die Pflegebedarfsentwicklung der Zukunft genauer ansieht. Eine Prognose der heute gängigen Richtwerte je Altersklasse reicht allein nicht aus. Es muss mit anderen Pflegequoten gerechnet werden, die den sozialen Wandel berücksichtigen, so die Erfahrung in Freiburg, wo die Pflegeeinrichtungen mit den Statistikern der Stadt sehr eng kooperieren, um Versorgungsdefizite oder Überkapazitäten nicht entstehen zu lassen.

Patentrezepte zur Lösung der aus dem demografischen Wandel resultierenden Anpassungsnotwendigkeiten gibt es nicht, resümiert Stadtbaurat Wolfgang Zwafelink. Lösungsansätze müssen vielmehr für den jeweiligen Ort und die jeweilige Region maßgeschneidert entwickelt werden. Für ihn ist das Bild über die möglichen Folgen deutlich klarer geworden. „Es deutet sich an, dass diejenigen Städte und Regionen am wenigsten vom demografischen Wandel zu befürchten haben, die über familienfreundliche Einrichtungen und Dienstleistungsangebote verfügen und die einen guten Stamm an progressiven und flexiblen Unternehmen haben, denen es ein wichtiges Anliegen ist, für Ihre Beschäftigten insbesondere die Vereinbarkeit von Kindern, Familie und Beruf substanziell zu verbessern“. Von Kommunen und Wirtschaft partnerschaftlich entwickelte Strategien könnten Modell für die Zukunft werden.

P R E S S E I N F O R M A T I O N

Referat Pressestelle
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig
Internet: www.braunschweig.de

Postfach 3309
38023 Braunschweig

Telefon (0531) 470 - 22 12 Telefax (0531) 470 - 2994
(0531) 470 - 22 17
(0531) 470 - 37 73
E-Mail : pressestelle@braunschweig.de